

Die Wahrnehmung der Krim-Krise in Russlands »nahem Ausland«

Uwe Halbach

Wie wird der Konflikt um die Ukraine und das Vorgehen Russlands auf der Krim in postsowjetischen Staaten wahrgenommen, konkret in der östlichen Nachbarschaft der Europäischen Union und in Zentralasien? Faktoren wie ungelöste Sezessionskonflikte beeinflussen deren Reaktionen auf das Krim-Referendum. Russlands Intervention in seinem größten Nachbarland im ehemals sowjetischen Raum irritiert indessen alle Staaten in dieser Region.

Bei den amtierenden Machteliten einiger Staaten der Region löst die Rolle, die Russland in der akuten Krise spielt, gemischte Gefühle aus. Einerseits sehen sie sich verstärkt einem russischen Hegemonialanspruch im postsowjetischen Raum ausgesetzt. Andererseits bietet sich Russland unter Führung Wladimir Putins jenen autoritären Regimen als Anlehnungsmacht an, die sich durch die Umsturzbewegung auf dem »Euromaidan« an »Farbrevolutionen« von Georgien bis Kirgistan erinnert fühlten und sich daraufhin vorsorglich gegen jegliche Anfechtung ihrer Herrschaft durch Opposition und Zivilgesellschaft wappnen. Präsident Putin kommentierte den Umsturz in Kiew mit einem Argument, dem man in den Präsidentenpalästen von Minsk bis Taschkent wohl einmütig zustimmt: Menschen in der Ukraine hätten Veränderung gewollt, unrechtmäßige Veränderung dürften aber nicht unterstützt werden. Gerade

im postsowjetischen Raum, wo die politischen Strukturen zerbrechlich seien, dürfe nur jener Weg beschritten werden, den die jeweilige Verfassung vorsehe. Bei einem Besuch in Moskau verglich der Außenminister Tadschikistans prompt die innerukrainischen Wirren mit dem Bürgerkrieg, der von 1992 bis 1997 in seinem Land herrschte. Gleichzeitig sind die Machteliten der Region aber irritiert über die Annexion der Krim.

Angriffsflächen für russische Machtpolitik

Für Russland fallen verschiedene Faktoren ins Gewicht, wenn es gilt, machtpolitischen Einfluss auf sein »nahes Ausland« zu nehmen: russische Bevölkerungsgruppen in Landesteilen der Nachbarstaaten, russische Militärpräsenz in diesen Staaten, ökonomische und besonders energiewirtschaft-

liche Abhängigkeit, ungelöste Sezessionskonflikte und die außenpolitische Orientierung der Staaten. Das Eingreifen auf der Krim stellte der Kreml als »humanitäre Aktion« zum Schutz russischer Bevölkerungsgruppen dar. Der russische Anspruch auf Hegemonialmacht im postsowjetischen Raum könnte sich nun stärker als zuvor auf die vorgebliche Verpflichtung stützen, »Landsleuten« im »nahen Ausland« Schutz zu bieten. Das irritiert zumindest Nachbarstaaten mit größeren und kompakt siedelnden russischsprachigen Minderheiten.

Im postsowjetischen Raum war Russland militärisch am stärksten in der Ukraine präsent, in Gestalt der in Sewastopol stationierten Schwarzmeerflotte. Seit der Annexion der Krim und der Sonderzone Sewastopol handelt es sich aus russischer Sicht nun nicht mehr um eine ausländische Militärpräsenz. Das größte Kontingent an Landstreitkräften im Ausland unterhält Russland in Tadschikistan (rund 7000 Soldaten). Bis 2005 waren zudem bis zu 18 000 russische Soldaten an der tadschikisch-afghanischen Grenze stationiert. Moskau bietet der Regierung Tadschikistans die Wiederaufnahme des russischen Grenzschutzes an, was diese bislang abgelehnt hat. In Armenien sind rund 5000 russische Soldaten präsent, die dort als Schutz vor militärischen Maßnahmen Aserbaidschans im Konflikt um Berg-Karabach wahrgenommen werden. Transnistrien, Abchasien und Südossetien sind im Verlauf der letzten beiden Jahrzehnte zu russischen Militärprotektoraten geworden. In Transnistrien, das sich von der Republik Moldau losgesagt hat, sind 1400 russische Soldaten stationiert, in den beiden anderen, Georgien abtrünnig gewordenen Territorien sind es zusammen um 8000.

Ökonomische Abhängigkeit von Russland ruft die Besorgnis hervor, dass ein neuerlicher Ost-West-Konflikt mit negativen Konsequenzen für Wirtschaft und Arbeitsmarkt Russlands auch auf die wirtschaftliche Lage im eigenen Land zurückschlagen könnte. Das betrifft im Südkaukasus und in Zentralasien vor allem Länder, aus denen viele Arbeitskräfte nach Russland abwandern.

Druck von Seiten Russlands befürchten besonders jene Staaten, deren Sicherheitspolitik von ungelösten Sezessionskonflikten bestimmt wird und in deren Außenpolitik eine euro-atlantische Orientierung dominiert. Diese Kombination findet sich in Georgien und der Republik Moldau. Sie sind Vorreiter im Prozess der Assoziierung mit der EU und wollen noch in diesem Sommer ihr Assoziierungsabkommen unterzeichnen.

Die Ukraine-Krise in der Östlichen Nachbarschaft der EU

Alle Faktoren kommen im Falle der **Republik Moldau** zusammen: ein ungelöster Sezessionskonflikt, russische Militärpräsenz im abtrünnigen Gebiet, russischsprachige Bevölkerungsteile, Arbeitsmigration nach und wirtschaftliche Abhängigkeit von Russland sowie Moskaus Argwohn gegenüber einer Regierung, die sich seit 2009 verstärkt auf die EU ausrichtet. Die russische Intervention in der Ukraine nährt die Befürchtung, Transnistrien könnte zur »nächsten Krim« werden. In dem Territorium, das sich 1992 von der Republik Moldau abgespalten hat, stimmten 2006 bei einem – von Moskau bislang nicht anerkannten – Referendum 97 Prozent der Teilnehmer für den Anschluss an Russland. Im Kontext der Krim-Krise bat der transnistrische Parlamentsvorsitzende Moskau einmal mehr, gesetzliche Regelungen zu schaffen, die eine solche Eingliederung ermöglichen. Allerdings ist das Gebiet mit seinen 555 000 Einwohnern (je zu einem Drittel Russen, Ukrainer und Moldauer) durch ukrainisches Staatsgebiet von Russland getrennt. Auch ein anderer Landesteil Moldaus richtet sich nach Russland aus: In der autonomen Region Gagausien (160 000 Einwohner, überwiegend turkstämmige christliche Gagausen) stimmten im Februar bei einem – rechtlich nicht bindenden – Referendum 98 Prozent für den Beitritt zur Zollunion. Die Krim-Krise mobilisierte in der Republik Moldau nationalistische Kräfte, die sich an Rumänien anlehnen, zugleich aber auch prorussische Gegenkräfte.

In den drei südkaukasischen Staaten, in denen nur noch winzige Reste einer russischen Bevölkerung leben, weichen die Haltungen gegenüber Russland und der Ukraine-Krise und gegenüber einer »eurasischen Integration« am stärksten voneinander ab. Im Südkaukasus bestehen zudem drei ungelöste Sezessionskonflikte, wobei das Krim-Referendum vom 16. März den Streit über Legalität und Legitimität von Sezession befeuert hat.

Als Frontstaat fühlt sich vor allem **Georgien**, das unter den behandelten Ländern am nachdrücklichsten seine Solidarität mit der Ukraine bekundet. Die aus Parlamentswahlen 2012 und Präsidentschaftswahlen 2013 hervorgegangene neue politische Führung leitete allerdings eine pragmatischere, nicht-konfrontative Russland-Politik ein. Dieser Neuanfang stieß aber schon bald an seine Grenzen, nun noch verstärkt durch die Krim-Krise. Am 6. März verurteilte das georgische Parlament in einer Resolution Russlands Vorgehen auf der Krim. Einen Tag später drangen russische Militärhubschrauber und Drohnen in den georgischen Luftraum ein. Die georgische Regierung wertete dies als Einschüchterungs-geste, wie sie zuvor schon andernorts praktiziert worden war. Im vergangenen Jahr schoben russische Grenzschrützer in Süd-ossetien wiederholt Stacheldrahtzäune in bis dahin von Georgien kontrollierte Gebiete vor – einer der letzten Vorfälle ereignete sich genau einen Tag nach der offiziellen Beendigung der olympischen Winterspiele in Sotschi. Tiflis ruft nun die internationale Gemeinschaft dazu auf, russischen Machtdemonstrationen an der Grenze zu den abtrünnigen Landesteilen, die im Rahmen einer EU-Mission überwacht wird, im Kontext der Ukraine-Krise erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen.

Dagegen steht die politische Führung **Armeniens** jener in Moskau derzeit am nächsten. In einem Telefongespräch mit seinem Amtskollegen Putin vom 19. März befürwortete der armenische Präsident Sargsyan die Trennung der Krim von der Ukraine. Beide Präsidenten bezeichneten

den Vorgang als »weiteres Beispiel für die Realisierung des Rechts auf nationale Selbstbestimmung«. In Stepanakert, der Hauptstadt Berg-Karabachs, das sich von Aserbaidschan losgesagt hat und von Armenien unterstützt wird, wurde sogar eine öffentliche Feier zu diesem Anlass organisiert. Unabhängige Beobachter in Jerewan weisen einen Vergleich zwischen der Krim und Berg-Karabach dagegen zurück und bezeichnen Russlands Vorgehen in der Krim-Krise als »klassische Annexion«, nicht als einen Akt zur Durchsetzung von Selbstbestimmungsrechten. In der Opposition und in Teilen der Bevölkerung regte sich auch Sympathie mit der Protestbewegung auf dem »Euromaidan«. So kam es am 2. Dezember 2013 bei einem Besuch Präsident Putins in Jerewan zu einer Demonstration, bei der einige Hundert Teilnehmer gegen die Entscheidung ihres Präsidenten protestierten, dass Armenien der Zollunion beitreten und aus dem Prozess der Assoziierung mit der EU ausscheiden solle. Die Mehrheit der Bevölkerung begrüßt indes die Zusammenarbeit mit Russland, von der sie sich im Konflikt mit Aserbaidschan sicherheitspolitische Vorteile erhofft.

Entsprechend ist die Stellungnahme zur Krim-Krise auch in **Aserbaidschan** vom Karabach-Konflikt bestimmt. Präsident Alijew betonte, dass »die territoriale Integrität eines Landes nicht ohne dessen Zustimmung verändert werden kann«. Und Außenminister Mammadjarow ließ verlauten, die territoriale Integrität der Ukraine sei »sehr wichtig für Aserbaidschan«. Ein Eskalieren der Ost-West-Krise um die Ukraine könnte Aserbaidschan in zweierlei Hinsicht einen Bedeutungszuwachs bescheren: Sollte sich Europa in eine energiepolitische Auseinandersetzung mit Russland begeben, würde es seine »strategische Energiepartnerschaft« mit dem kaspischen Land hervorkehren. Sollten die USA und Russland ihre militärische Kooperation einstellen, würde dies nicht zuletzt die Agenda »Afghanistan 2014« betreffen und Aserbaidschan als einem Schlüssel-land für die Rückzugslogistik der internationalen Truppen mehr Gewicht verschaffen.

Die Wahrnehmung in Zentralasien

Auch die fünf zentralasiatischen Staaten unterscheiden sich in ihrem Verhältnis zu Russland und zur »eurasischen Integration«, zu der Moskau sie eingeladen hat: Kasachstan, der wirtschaftlich erfolgreichste Staat, ist Mitglied der Zollunion und gilt als ursprünglicher Initiator eines größer dimensionierten eurasischen Projekts. Ein Großteil der Bevölkerung spricht sich für diese Perspektive aus. Dabei werden die Konsequenzen der bereits bestehenden Zollunion unter den Wirtschaftsakteuren und Konsumenten des Landes teils skeptisch beurteilt, weil der gemeinsame Außenzoll Waren aus Drittstaaten wie China verteuert. Präsident Nasarbajew verweist mit Nachdruck auf den rein wirtschaftlichen Charakter solcher Integration und verwahrt sich gegen jegliche Einschränkung von Souveränität. Kirgistan und Tadschikistan, die ärmsten und am wenigsten stabilen Staaten der Region, gelten als Kandidaten, die zur Teilnahme an dem Integrationsprojekt bereit sind. Usbekistan und Turkmenistan sperren sich gegen eine Integration unter Ägide Russlands und pochen auf Souveränität und Neutralität. Das usbekische Außenministerium ließ verlauten, Russlands Vorgehen auf der Krim könne nur tiefe Bersorgnis hervorrufen.

In der Ukraine-Krise hat sich insbesondere der kasachische Präsident mit maßgeblichen internationalen Akteuren in Verbindung gesetzt, darunter auch mit Kanzlerin Merkel. Offiziell qualifizierte die Regierung Kasachstans das Krim-Referendum zwar als »Ausdruck freien Willens«, unterstrich aber gleichzeitig ihr »Bekenntnis zu den fundamentalen Prinzipien des internationalen Rechts«. Die »Heimkehr der Krim nach Russland« lenkte den Blick auf vier Provinzen im Norden Kasachstans: auf Akmola, Pawlodar, Kostanay und Nordkasachstan, wo der slawische Bevölkerungsteil zwischen 38,6 und 48,3 Prozent ausmacht. Im Kontext der Krim-Krise kam es neuerlich zu irredentistischen Äußerungen prominenter russischer Rechtsradikaler. Das kasachische Außenministerium bat

Moskau um eine Stellungnahme zu solchen Äußerungen, etwa zu dem Vorschlag Wladimir Schirinowskis, das postsowjetische Zentralasien als eigenen Föderalbezirk der Russischen Föderation einzugliedern. Moskau lehnte das jedoch mit dem Hinweis ab, diese Akteure sprächen nicht für den Kreml.

In den staatsgelenkten Medien Zentralasiens wurde über die politische Krise in der Ukraine kaum berichtet. Eine Ausnahme bildet Kirgistan, der einzige Staat in der Region, der in internationalen Indizes als »partly free« firmiert und der wie die Ukraine zwei irreguläre Machtwechsel (2005 und 2010) erlebt hat. Auf einer »Round-Table«-Veranstaltung mit Regierungs- und Oppositionsvertretern und in sozialen Netzwerken wurde darüber diskutiert, ob ein »Maidan« derzeit in Kirgistan möglich wäre, auch angesichts der Tatsache, dass die Regierungskoalition im März 2014 an einer Korruptionsaffäre zerbrach.

Ausblick

Mit der Annexion der Krim schuf Russland Fakten, die regionale Beziehungen nachhaltig verändern, den Druck auf Nachbarn erhöhen und russische Integrationspolitik in »Eurasien« in neuem Licht erscheinen lassen. Die Krise fordert europäische und deutsche Politik gegenüber den hier behandelten Staaten auf verschiedenen Feldern heraus. So gilt es etwa, eine inklusive Minderheiten- und Nationalitätenpolitik zu unterstützen, die einem machtpolitisch nutzbaren Schutzargument einer externen Macht die Grundlage entzieht. Die Sezessionskonflikte gehören weiterhin auf die Agenda internationaler Politik im postsowjetischen Raum, auch wenn in zwei Jahrzehnten noch kein Durchbruch zu politischen Lösungen erzielt werden konnte.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2014
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt ausschließlich die persönliche Auffassung des Autors wieder

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364